



EU-Kommunal News der CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament

09/2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Informationsdienst EU-Kommunal möchte ich Sie regelmäßig über alle wichtigen Ereignisse und Neuigkeiten aus und über die Europäische Union informieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Informationen, die für Sie vor Ort in den Städten und Gemeinden in Brandenburg unmittelbar relevant sind. Dazu gehören neue Förderprogramme genauso wie Gesetzgebungsvorhaben oder neue Informationsangebote im Internet.

Da dieser Newsletter nur einen Überblick über die vielfältigen Themen bieten kann, sind den einzelnen Nachrichten Links zu ausführlicheren Informationen im Internet beigefügt. Ich hoffe Ihnen so einen möglichst unkomplizierten Zugang zu den für Sie relevanten Neuigkeiten aus der EU bieten zu können.

Über Anregungen, Kritik oder positive Rückmeldungen würde ich mich freuen.

Mit den besten Wünschen

Ihr Dr. Christian Ehler MdEP

Für den eiligen Leser

1. Schulverpflegung - Es gibt eine Studie über schulische Ernährungsprogramme in den EU-Ländern.
2. Beherbergungsdienste - Derzeit läuft eine Onlinekonsultation zur Sicherheit touristischer Beherbergungsdienste.
3. Örtliche Entwicklungsmaßnahmen - In Brüssel findet am 29. September eine Tagung zu örtlichen Entwicklungsmaßnahmen statt.
4. Territoriale Zusammenarbeit - In einer Broschüre sind 17 Projekte transnationaler Zusammenarbeit aufbereitet worden.
5. Kulturerbe/Strategiepapier - Die Kommission hat eine Mitteilung „Für ein integriertes Konzept für das kulturelle Erbe Europas“ vorgelegt.
6. Kulturerbe/Europa Nostra Awards - Für 2015 ist der Preis der EU für das Kulturerbe / Europa Nostra Awards ausgeschrieben worden.
7. Kohäsionsbericht - Die Kommission hat den 6. Kohäsionsbericht vorgelegt.
8. Kohäsionspolitik/Datenplattform - Es gibt eine offene Datenplattform zur Kohäsionspolitik
9. EU Staatsanwaltschaft - Der Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft (EU-StA) liegt in deutschem Interesse.
10. Luft- und Lärmmessung durch Jedermann - Mit einem Luft- und Lärmmesssystem soll für Jedermann die Eigenüberwachung der unmittelbaren Umgebungsumwelt möglich werden.
11. Energieeffizienz/Memo - Die Kommission hat ein umfassendes Info-Papier zur Energieeffizienz vorgelegt.
12. Verkehrsdelikte - Es gibt eine neue Rechtsgrundlage zur europaweiten Vollstreckung von im EU-Ausland begangenen Verkehrsverstößen.
13. Logistik/Ranking - Deutschland ist 2014 wieder die Nr.1 in der Weltrangliste der Logistikstandorte.
14. Düngemittel/Phosphor - Die Nachhaltigkeit der Phosphorverwendung soll entlang der Versorgungskette signifikant gesteigert werden.
15. Lebensmittel/App - Kurz vor der Markteinführung steht eine Lebensmittel-App als Wegweiser zu den besten Angeboten im nächsten Supermarkt.
16. Übersetzerwettbewerb - Aus Deutschland können sich 96 Schulen am Wettbewerb der besten Nachwuchsübersetzer beteiligen
17. Parlament - Sitzungskalender

1. Schulverpflegung

Es gibt eine Studie über schulische Ernährungsprogramme in den EU- Ländern. Diese Studie zeigt auf, dass es in allen Ländern einschlägige Leitlinien gibt. Danach sind die verbesserte Ernährung von Kindern, Erziehung zu gesunden Ess- und Lebensgewohnheiten sowie die Verringerung oder Vermeidung von Fettleibigkeit in der Kindheit die vorrangigen Ziele der meisten Staaten. In den nationalen Programmen spannt sich der Bogen staatlicher Regeln von strikten Verboten bis hin zu reinen Empfehlungen. Dabei geht es um zugelassene Lebensmittel, Nährstoffgehalte, Speiseräume, Gastronomie-Dienstleister, Warenautomaten und Werbung für Lebensmittel. Zu den nationalen Vorschriften in Europa enthält die Studie u.a. folgende Feststellungen:

- In der Regel (90%) gibt es Standards für ausgewogene Menüs, Vorgaben für die Portionsgröße (76 %) und den Nährwert des Mittagessens (65 %) und Kenngrößen zur Energie- und Fettaufnahme.
- Mehrheitlich (65–82 %) wird der kostenlose Zugang zu Trinkwasser gefördert und zuckerhaltige Erfrischungsgetränke einschränkt oder verboten.
- Süßigkeiten und salzige Knabberereien sind nur eingeschränkt erlaubt bis hin zum Komplettverbot.
- Bei Verkaufsautomaten reicht das Maßnahmenpektrum vom Verbot ungesunde Produkte anzubieten, bis zum Totalverbot von Verkaufsautomaten auf dem Schulgelände.

Diese umfassende Vergleichsstudie war erforderlich, da Übergewicht und die Folgen epidemische Ausmaße erreicht haben. Besonders besorgniserregend ist der hohe Anteil von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen. Eines von drei Kindern im Alter von sechs bis neun Jahren ist derzeit übergewichtig. Nach dem EU- Aktionsplan zu Adipositas im Kindesalter soll bis 2020 der steigende Trend zum Übergewicht im Alter zwischen null und 18 Jahren gestoppt werden.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/VMY7bU>
- Studie (Englisch, 46 Seiten) <http://bit.ly/1nwHqxs>
- Aktionsplan „Kinderfettleibigkeit“ (Englisch, 68 Seiten) <http://bit.ly/1jrtZe5>

2. Beherbergungsdienste

Termin: 30.11.2014

Derzeit läuft eine Onlinekonsultation zur Sicherheit touristischer Beherbergungsdienste. Dabei geht es nicht nur um Brandschutz, sondern auch um den Zustand der Räumlichkeiten bzw. des Geländes (Freizeiteinrichtungen, Balkone, Schlaf- und Badezimmer, Korridore, Glastüren usw.). Angesprochen sind auch die Gefahren im Zusammenhang mit Kohlenmonoxid-Leckagen, z.B. durch unsachgemäßen oder irrtümlichen Fehlgebrauch des Heizungssystems in Touristenunterkünften. Touristische Beherbergungsdienste werden von der Kommission in dem Grünbuch sehr umfassend definiert u.a.:

- Hotels, Gästewohnungen, Kinder- und andere Ferienlager; Jugendherbergen und Berghütten;
- Zelt- und Wohnwagenplätze ,Freizeitcamps, Camps für Fischer und Jäger; Stellplätze und Einrichtungen für Wohnmobile;
- Schutzhütten oder einfache Biwakeinrichtungen für das Aufstellen von Zelten und/oder das Ausbreiten von Schlafsäcken.

2010 ist ein Versuch der Kommission gescheitert, über eine Studie für den Hotelsektor die hauptsächlichen Sicherheitsrisiken zu ermitteln, Unfälle und Verletzungen eingeschlossen. Wörtlich: „Aufgrund der Unterschiedlichkeit des Hotelsektors und der mangelnden Verfügbarkeit von

Unfallmeldungen speziell im Zusammenhang mit der Erbringung von Beherbergungsleistungen war es dem Auftragnehmer auch wegen der Image- und Reputationsaspekte letztlich jedoch nicht möglich, die gewünschten Daten zu erheben und zu analysieren.“ Eine 2009 vom britische Verband der Reiseveranstalter FTO-ABTA in 10 Mitgliedstaaten bei 2123 Urlaubsunterkünften durchgeführte Umfrage über die Einhaltung der Brandschutzregelungen kam zu den Ergebnis, dass 38 % der geprüften Urlaubsunterkünfte die Empfehlung 86/666/ EWG über den Brandschutz in bestehenden Hotels wahrscheinlich nicht einhalten. Einzelheiten zu dieser Umfrage enthält der Anhang zum Grünbuch/Referenzdokument.

- Grünbuch <http://bit.ly/1nsSYgx>
- Referenzdokumente/Anhang – deutsche Fassung <http://bit.ly/1BU4MSI>
- Konsultationsfragen <http://bit.ly/1BU4MSI>
- Datenschutzerklärung <http://bit.ly/1BU4VFH>

3. Örtliche Entwicklungsmaßnahmen

Termin:21.9.2014

In Brüssel findet am 29. September eine Tagung zum Thema „Lokal geleitete örtliche Entwicklungsmaßnahmen (CLLD)“ statt. CLLD ist in der Kohäsionspolitik zugunsten der Aktivierung der vorhandenen Kenntnisse auf örtlicher Ebene die Abkehr von zentralen Vorgaben. Ziel der Veranstaltung ist es, dieses neue Instrument der EU-Kohäsionspolitik in der kommenden Strukturfondsförderperiode stärker zur Anwendung zu bringen. Die Tagung (Konferenzsprache Englisch) wird vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss als offene Anhörung von Experten und Praktikern durchgeführt. Auf der Tagung sollen sowohl die örtliche Entwicklung, als auch die ländliche und regionale Entwicklung wie auch die Stadtentwicklung und Stadt- Umland-Fragen erörtert werden, insbesondere mit Kommunalvertretern und KMU, aber auch Planungs- und Beratungsbüros. Die Anhörung, an der u.a. Mitglieder des Parlamentes und der Kommissar für Regionalpolitik Johannes Hahn teilnehmen werden, findet am 29.9. 2014 zwischen 10.00 Uhr – 15.30 Uhr in Brüssel in der Rue Belliard 99 statt. Registrierung ist bis zum 21.9.2014 möglich. Für Fragen und Anregungen steht Herr Roman Haken roman.haken@cpkp.cz zur Verfügung.

- Weitere Informationen <http://bit.ly/1ruvZsB>
- Registrierung <http://bit.ly/1p80zGM>

4. Territoriale Zusammenarbeit

In einer Broschüre sind 17 Projekte transnationaler Zusammenarbeit aufbereitet worden.

Die vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung vorgelegte Veröffentlichung enthält Informationen für Kommunen, wie sie die Förderprogramme für die transnationalen Kooperationsräume für nachhaltiges Wachstum und maritime Ressourcen nutzen können. In den Informationen werden die Kooperationsräume sowie die beteiligten deutschen Projektpartner und deren Internetauftritte vorgestellt. Neben einer Vielzahl von grenzüberschreitenden Programmen gibt es in Deutschland sechs transnationale Kooperationsräume, von denen sich mehrere auch mit der Meeresnutzung befassen.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1x9zrvc>
- Broschüre (40 Seiten) <http://bit.ly/Z6EGwD>

5. Kulturerbe – Strategiepapier

Die Kommission hat eine Mitteilung „Für ein integriertes Konzept für das kulturelle Erbe Europas“ vorgelegt.

Damit ist sie der Aufforderung der EU-Kultusminister nachgekommen, eine Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Kulturerbes in der EU vorzulegen und eine Strategie für das Vorgehen im Bereich des Kulturerbes zu entwickeln. Kernaussage der Mitteilung vom 22.7.2014 ist die Feststellung, dass das kulturelle Erbe in Europa auch eine Ressource für intelligentes Wachstum und Beschäftigung ist. Es wird dargelegt, welches Konzept der EU für das kulturelle Erbe in verschiedenen Politikbereichen zugrunde liegt und welche Instrumente auf EU-Ebene verfügbar sind. Damit sollen die nationalen und regionalen Anstrengungen unterstützt und Europa zu einem „Labor“ für Kulturerbebasierte Innovationen gemacht werden. Der Mitteilung ist ein „Mapping report“ beigelegt, der für den Kulturerbe-Sektor ausführlichere Informationen über EU-Politik und EU-Förderung enthält.

- Presseerklärung <http://bit.ly/1mLDvb9>
- Kommission Mitteilung vom 22.7.2014 <http://bit.ly/1rwAvH0>
- Mapping report (Englisch, 27 Seiten) <http://bit.ly/1pzk6vZ>
- Kultusminister vom 2.5.2014 <http://bit.ly/YW04E>

6. Kulturerbe - Europa Nostra Awards

Termin: 15.10.2014

Für 2015 ist der Preis der EU für das Kulturerbe / Europa Nostra Awards ausgeschrieben worden.

Die auch als „Europa Nostra Preis“ bezeichnete Auszeichnung ist der renommierteste Preis im Bereich des Kulturerbes. Der Preis wird jährlich in verschiedenen Kategorien im Rahmen von KREATIVES EUROPA verliehen. Bis zum 15. Oktober 2014 sind Einreichungen in den vier folgenden Kategorien möglich:

1. Erhaltung;
2. Forschung und Digitalisierung;
3. Engagierte Arbeit von Einzelpersonen und Organisationen;
4. Bildung, Schulung und Bewusstseinsbildung.

Mit dem Europa Nostra Awards können bis zu 30 herausragende Leistungen im Kulturerbebereich ausgezeichnet werden, davon 7 Projekte mit einem Preisgeld von 10.000 € und einem Publikumspreis. Für weitere Informationen: Europa Nostra, Elena Bianchi, Heritage Awards Koordinator, Lange Voorhout 35, NL-2514 EC Den Haag, Niederlande eb@europanostra.org

- Ausschreibung 2015 (z.Zt. nur Englisch) <http://bit.ly/1mdkn13>

7. Kohäsionsbericht

Die Kommission hat den 6. Kohäsionsbericht vorgelegt. In diesem Bericht werden die Schwerpunkte der Investitionen von 2014-2020 aufgezeigt und dargestellt, was in den letzten sieben Jahren mithilfe der EU-Kohäsionsfonds erreicht worden ist. In der nächsten Finanzperiode 2014-2020 stehen 351 Mrd. Euro zur Verfügung, davon für Deutschland rund 19 Mrd. Euro. Die Investitionen sollen sich auf Schlüsselbereiche wie CO₂-arme Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Innovation und Beschäftigung sowie soziale Eingliederung konzentrieren. Allein für den Übergang zu einer umweltfreundlicheren CO₂-armen Wirtschaft stehen 38 Mrd. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zur Verfügung, gegenüber 16,6 Mrd. EUR im Zeitraum 2007-2013. Die Ausgabenpläne „Partnerschaftsvereinbarungen“ der Mitgliedstaaten sehen vor, dass die europäischen KMU zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mit bis zu 33 Mrd. EUR unterstützt werden sollen. Über 80 Mrd. EUR werden über den Europäischen Sozialfonds und die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen in Humankapital investiert. Dabei werden die Städte ausdrücklich als Innovations- und Wachstumsmotor bezeichnet. Oft sind aber gerade die Einwohner von Städten stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Daher sollen mindestens 20 % der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds in eine bessere soziale Eingliederung und die Bekämpfung von Armut investiert werden.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1C1Ffgy>
- Mitteilung zum Kohäsionsbericht (13 Seiten) <http://bit.ly/1vlzMcC>
- Kohäsionsbericht (Englisch, 338 Seiten) <http://bit.ly/1pEV26Q>

8. Kohäsionspolitik – Datenplattform

Es gibt eine offene Datenplattform zur Kohäsionspolitik, die auf der Grundlage des 6. Kohäsionsberichts eingerichtet worden ist. Auf interaktiven Karten werden Daten, Fakten und Diagramme zu unterschiedlichsten Themen bereitgestellt, wie z. B. über die Aufteilung der Fördermittel auf Länderebene und für jede Region. Alle Informationen und Grafiken sind leicht zugänglich und können kostenfrei für eigene Darstellungen verwendet werden.

- Kohäsionsplattform <http://bit.ly/1ue7BN3>

9. EU-Staatsanwaltschaft

Der Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft (EU-StA) liegt in deutschem Interesse. Das erklärte die Bundesregierung am 7. Juli 2014 (BT Drs. 18/2069). Die im Vertragswerk von Lissabon vorgesehene EU-StA (Artikel 86 Absatz 1 Satz 2 AEUV) soll Straftaten zulasten des EU - Haushalts verfolgen, z.B. bei Veruntreuung von Fördergeldern. Diese unabhängige Strafverfolgungsbehörde soll die erforderlichen Maßnahmen ergreifen können, wie die Durchsuchung von Räumen und Computersystemen, die Beschlagnahme von Gegenständen und das Abhören von Telefongesprächen. Das steht aber unter der Voraussetzung, dass die einzelnen Maßnahmen von dem zuständigen nationalen Gericht genehmigt werden. Die EU-StA soll in ihrem Zuständigkeitsbereich für das gesamte Strafverfahren von der Einleitung, den Gang und den Abschluss des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens bis hin zu der Entscheidung über Anklageerhebung oder Einstellung des Verfahrens zuständig sein. Die Verfahren selbst sollen vor den

zuständigen nationalen Gerichten stattfinden. Deutschland als der größte Netto-Zahler der EU hat ein besonderes Interesse an der Verfolgung von Straftaten zu Lasten der finanziellen Interessen der EU. Nach dem derzeitigen Beratungsstand kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass alle Mitgliedstaaten für die Errichtung einer EU-Staatsanwaltschaft votieren. Die Einführung einer EU-StA muss aber nicht zwingend EU-flächendeckend sein, sofern sich mindestens neun Staaten daran beteiligen. In diesem Fall wäre ein neuer Kommissionsvorschlag erforderlich, worauf das Parlament in seiner grundsätzlich positiven Entschließung vom 12.3.2014 ausdrücklich hingewiesen hat. Auch der Deutsche Bundestag unterstützt einstimmig (Rechtsausschuss 4.6.2014) die geplante Einrichtung einer EU-StA und fordert u.a., dass die Staatsanwaltschaft gemeinsam vom EU-Parlament und den nationalen Parlamenten kontrolliert wird.

- BT Drs. vom 7.7.2014 <http://bit.ly/1vr2QfW>
- Entschließung Parlament vom 12.3.2014 <http://bit.ly/VHNOG9>
- Deutscher Bundestag Rechtsausschuss 4.6.2014 <http://bit.ly/1q4DYJ6>

10. Luft- und Lärmmessung durch Jedermann

Mit einem Luft- und Lärmmesssystem soll für Jedermann die Eigenüberwachung der unmittelbaren Umgebungsumwelt möglich werden.

Das ist das Ziel des mit 2 Mio. EUR geförderten EU-Projekts „EVERYAWARE“, mit dem die entsprechenden Instrumente geschaffen und verschiedene Fallstudien durchgeführt werden. Im Ergebnis soll Jedermann mit einfachen Instrumenten Luftqualität und Lärmbelastung messen können. Es wurden 2 Apps für Smartphones entwickelt: „AirProbe“ überwacht die Belastung durch Luftverschmutzung und „WideNoise“ misst die Lärmbelastung. Beide Apps bieten die Möglichkeit zum Austausch von Informationen und Eindrücken sowie interaktive Karten. Die AirProbe-App funktioniert in Verbindung mit einer kleinen batteriebetriebenen Sensorbox, die leicht in einem Rucksack oder einem Fahrradkorb mitgeführt werden kann, und sich mit Ihrem Mobiltelefon über Bluetooth verbindet. Nachdem Einsaugen der Luft schickt die Box die gemessenen Werte für Ozon, Ruß und andere Schadstoffe an einen zentralen Server, der wiederum Angaben zu den schadstoffbelasteten Gebieten der Stadt versendet sowie vor Zeiten mit der höchsten Luftverschmutzung warnt. In ersten Praxistest haben Freiwillige im Rahmen eines Wettbewerbs in vier Städten – London, Antwerpen, Kassel und Turin – diese Technik erprobt, die nun in Schulen und für neue Studien eingesetzt und weiterentwickelt werden soll.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/Wa9o6c>

11. Energieeffizienz - Memo

Die Kommission hat ein umfassendes Info-Papier zur Energieeffizienz vorgelegt.

Im Vorfeld der Sitzung des Europäischen Rats am 23. Oktober 2014 sind in diesem Memo alle Informationen und Fakten in gut verständlicher Form gebündelt, die bei der Entscheidung über das Energieeffizienzziel 2030 eine Rolle spielen. Die Kommission hat für 2030 ein EU-Energieeinsparziel von 30 % (gegenüber 1990) vorgeschlagen. Die EU-Staats- und Regierungschefs werden in ihrer Oktober-Ratssitzung entscheiden, ob das vorgeschlagene 30% - Ziel verbindlich sein soll oder in die

Verantwortung der EU-Mitgliedsstaaten gelegt wird. Wie sich die neue Kommission und das neue Parlament zu diesem Vorschlag positionieren und welche konkreten Gesetzgebungsvorschläge die Kommission vorlegen wird, bleibt abzuwarten. Mit einem Gesetzesvorschlag der Kommission wird Anfang 2015 gerechnet.

- Memo <http://bit.ly/1pLdihl>

12. Verkehrsdelikte

Es gibt eine neue Rechtsgrundlage zur europaweiten Vollstreckung von im EU-Ausland begangenen Verkehrsverstößen. Damit soll ein vom Gericht der EU (EuG Große Kammer) festgestellter Mangel in der ersten Fassung der Richtlinie 2011/82/EU repariert werden, der eine EU-weite Ahndung von bestimmten Verkehrsdelikten ermöglicht. Diese Richtlinie, wie auch die in der Sache unveränderte „reparierte“ Neufassung, verpflichtet die Mitgliedstaaten, die Halterdaten bei bestimmten Verkehrsverstößen den Behörden des Mitgliedstaates zur Verfügung zu stellen, in dem der Verkehrsverstoß begangen worden ist. Damit können nach wie vor folgende Verkehrsverstöße erfasst und von den Mitgliedstaaten europaweit verfolgt werden: Geschwindigkeitsübertretungen, Nichtanlegen des Sicherheitsgurts, Überfahren eines roten Lichtzeichens, Trunkenheit im Straßenverkehr, Fahren unter Drogeneinfluss, Nichttragen eines Schutzhelms, unbefugte Benutzung eines Fahrstreifens und rechtswidrige Benutzung eines Mobiltelefons beim Fahren. Jeder EU-Mitgliedstaat kann in diesen Fällen in jedem anderen Mitgliedstaat auf nationale Zulassungsdaten zugreifen, um jene Person ausfindig zu machen, die für das Delikt haftbar ist. Die Strafverfolgung und Höhe des Bußgelds entsprechen den Regeln des Staates, in dem die Übertretung begangen wurde. Es geht bei der europaweiten Ahndung nur um Bußgelder, nicht aber um die Einziehung von Fahrerlaubnissen oder anderen Sanktionen. Strafpunkte in Flensburg gibt es daher weiterhin nur für Inlandsverstöße.

- Richtlinie rep. <http://bit.ly/1nhJaJ4>

13. Logistik-Ranking

Deutschland ist 2014 wieder die Nr.1 in der Weltrangliste der Logistikstandorte, gefolgt von den Niederlanden, Belgien und England. Damit verbesserte sich Deutschland 2014 gegenüber 2012 von Platz 3 auf die Spitzenposition, während sich Singapur von Platz 1 auf Platz 5 und Österreich von Platz 11 auf Platz 22 verschlechterte. Deutschland war bereits 2010 Spitzenreiter, nach Platz 3 im Jahr 2007. Für das Ranking werden über 160 Länder auf Faktoren wie Zollabfertigung, Verkehrs- und IT-Infrastruktur, Dienstleistungsqualität, Möglichkeiten zur Sendungsverfolgung und Pünktlichkeit untersucht.

- Ranking 2014 <http://bit.ly/1jCxQb4>

14. Düngemittel - Phosphor

Die Nachhaltigkeit der Phosphorverwendung soll entlang der Versorgungskette signifikant gesteigert werden. Das ist Ziel einer Kommissionsinitiative, die am 8.7.2013 mit einer konsultativen Mitteilung eröffnet worden ist. Die Kommission hat jetzt die 125 Antworten von rund 150 Akteuren veröffentlicht. Dabei dürfte es für das Konsultationsverfahren nicht förderlich gewesen sein, dass das von Umweltkommissar Potocnik angekündigte Grünbuch zur Phosphoreffizienz nicht vorlag. Dieses Grünbuch, das auch heute noch nicht vorliegt, sollte an sich der Auftakt für eine Debatte über künftig zu ergreifende Maßnahmen sein. Insbesondere sollte, so die Ankündigung, u.a. die Nutzung des Phosphors im Abwasser und Klärschlamm sowie Fragen der Phosphoreffizienz der Landwirtschaft thematisiert werden. Die Produktivität der modernen landwirtschaftlichen Systeme hängt weitgehend von der Behandlung der Böden mit Phosphor in Form von Dünger sowie vom Phosphorzusatz in tierischen Futtermitteln ab. 80% des abgebauten Phosphors werden zu Herstellung von Düngemitteln verwendet. Phosphor als lebensnotwendiges Element kann weder künstlich hergestellt, noch durch etwas anderes ersetzt werden. Angesichts der Abhängigkeit Europas von Phosphorimporten, 2011 lag die Einfuhrquote der EU bei etwa 92 %, und des steigenden globalen Phosphorbedarfs ist eine nachhaltige Phosphorverwendung auf EU-Ebene von großem Interesse. Vor diesem Hintergrund sehen etwa zwei Drittel der Konsultationsteilnehmer die Versorgungssicherheit von Phosphaten als ernstzunehmendes Problem. Zustimmung finden daher Maßnahmen zur Wiedergewinnung von Phosphor aus biologisch abbaubarem Abfall, die Notwendigkeit einer strikteren Abfalltrennung und eine einheitlichen Regelung innerhalb der EU. Für den kommunalen Bereich sind - wo immer sinnvoll und möglich - die Rückgewinnung und die Kreislaufführung von Abwasser, Gülle und Bioabfällen von besonderer Bedeutung. Für die Abwasserwirtschaft ist damit ein Perspektivenwechsel angesagt, damit Phosphor als Ressource und nicht nur als zu eliminierender Parameter begriffen wird.

- Konsultative Mitteilung vom 8.7.2013 <http://bit.ly/1mop7FO>
- Konsultationsergebnisse 1.8.2014 <http://bit.ly/1sP7bLR>
- Europäische Phosphorkonferenz <http://bit.ly/1ppla9Q>

15. Lebensmittel – App

Kurz vor der Markteinführung steht eine Lebensmittel – App als Wegweiser zu den besten Angeboten im nächsten Supermarkt. Dieses System – das mit einer von der EU finanzierten Software-„Toolbox“ entwickelt wurde – benachrichtigt, wenn der Preis einer Ware gesenkt wird, weil das Mindesthaltbarkeitsdatum näher rückt. Mit der App können Produkte nach Wahl gesucht und aktuelle Angebote abgefragt werden. Dazu dient ein Benachrichtigungsdienst, der auf der Grundlage einer persönlichen Einkaufsliste über Sonderangebote in der Nähe informiert. Verbilligen sich die ausgewählten Produkte, wird das in Echtzeit mitgeteilt. FoodLoop wird demnächst in Deutschland in zwei Bio-Supermärkten und einer Bäckerei in der Nähe von Bonn eingeführt. Ziel dieser neuen Entwicklung ist es, die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren und die Ressourceneffizienz des Lebensmittelsystems zu steigern. In diesem Zusammenhang hat die Kommission eine Mitteilung über ein nachhaltiges Lebensmittelsystem angekündigt

- Pressemitteilung <http://bit.ly/V1erF9>
- App <http://bit.ly/1pRJBew>

16. Übersetzerwettbewerb

Aus Deutschland können sich 96 Schulen am Wettbewerb der besten Nachwuchsübersetzer beteiligen. Je Schule können bis zu fünf Teilnehmer aus dem Geburtsjahrgang 1997 ins Rennen geschickt werden. Anmeldeschluss ist der 20. Oktober 2014. Der Wettbewerb "Juvenes Translatores" findet am 27. November zeitgleich in allen Schulen in allen EU-Mitgliedstaaten statt. Die Schüler übersetzen einen Text von einer Seite Länge zum Thema "Europäische Identität". Alle 552 Sprachenkombinationen aus den 24 europäischen Amtssprachen sind möglich.

- Teilnahmebedingungen <http://bit.ly/1oCOUvs>
- Anmeldeformular <http://bit.ly/1pH4VVJ>

17. Parlament – Sitzungskalender

Der Sitzungskalender des Europäischen Parlaments für 2015 unter

- <http://bit.ly/1ltk1gA>